

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 48 (1965)
Heft: 4

Artikel: Aufhebung des Jesuitenartikels?
Autor: Cohen, Henri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-411297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FREIDENKER

MONATSSCHRIFT DER FREIGEISTIGEN VEREINIGUNG DER SCHWEIZ

11. April 1965

Nr. 4

48. Jahrgang

Aufhebung des Jesuitenartikels?

In diesem «Gespräch am runden Tisch», das am 31. Januar von Radio-Studio Bern gesendet wurde, gab anfangs Professor Dr. H. Huber (Bern) einen Hinweis auf die geschichtliche Situation, die zum Jesuitenverbot geführt hat. In Stichworten: 1814 Wiederherstellung des Ordens durch Pius VII. (er war 1773 durch Clemens XIV. verboten worden). Allmählich nehmen in der Schweiz die Jesuiten ihre Tätigkeit wieder auf. Es folgen die Freischarenzüge; es kommt zum Sonderbundskrieg. Die Bundesverfassung von 1848 erhält nun die Bestimmung: «Der Orden der Jesuiten und die ihnen affilierten Gesellschaften dürfen in keinem Teile der Schweiz Aufnahme finden». Dieser Artikel 51 erhält bei der Verfassungsrevision von 1874 den verschärfenden Zusatz: «... und es ist ihnen jede Wirksamkeit in Schule und Kirche untersagt.»

Beide protestantischen Gesprächspartner traten für die Aufhebung von Art. 51 ein: Redaktor Dr. E. Bieri (Zürich) «als Liberaler, der das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt», Professor Huber «als Protestant und gläubiger Christ». Dr. Bieri warf immerhin die Frage auf, was alsdann passieren könnte: Jesuiten-Invasion, Rekatholisierung, weitere katholische Forderungen? Professor Huber erblickt hier keine Gefahr. Er glaubt nicht, dass sehr viele katholische Privatschulen geschaffen werden; wenn aber doch, «dann können wir immer noch Stellung nehmen». Er berührte auch die Frage der gemischten Ehen: Es gäbe Leute, die zunächst einen neuen Geist auf katholischer Seite sehen möchten, fügte aber hinzu, dass hieraus kein Kompensationsobjekt zur Aufhebung des Jesuitenartikels gemacht werden dürfe. Bei andern Leuten wiederum habe die Art, wie im vatikanischen Konzil die Frage der Glaubensfreiheit verschoben wurde, Misstrauen erweckt; diese sähen keine Wandlung in der katholischen Haltung.

Generalvikar Dr. A. Teobaldi (Zürich) versicherte, dass von einer Invasion der Jesuiten keine Rede sein könne; schon deshalb nicht, weil ihre Zahl viel zu klein sei. «Auch bisher sind die Jesuiten nur gekommen, wenn wir sie brauchten oder als Nothelfer.» Für ihn ist die Rekatholisierung nur «ein Gespenst, das umgeht». Die Zunahme der Katholiken sei einerseits durch Ausländer, andererseits durch wirtschaftliche Gründe bedingt. Ob und welche katholischen Forderungen dannzumal erhoben würden, das lasse sich heute noch nicht sagen, aber wenn es dazu käme, «dann immer in durchaus demokratischer Weise». — «Natürlich ist für uns die Ehe ein Sakrament, das darum der staatlichen Sanktion nicht bedarf.» Aber in der Schweiz gehe jeder Ehe vor dem katholischen Priester die standesamtliche voran. Die katholischen Privatschulen seien keine Konkurrenz der öffentlichen, sondern deren Ergänzung.

Dr. Bieri kam darauf zurück, dass katholischerseits weitere Forderungen erhoben werden könnten. Bei einem Teil des Volkes bestünden Befürchtungen. «Sie müssen diese zerstreuen, sonst folgen die Leute unserer Parole nicht.»

Ueber die Beschlüsse im vatikanischen Konzil äusserten Nationalrat Dr. E. Tenschio (Chur) und Dr. Teobaldi nur Lobendes. Die Verschiebung habe gut getan. Vom Jesuitenpater Cavalli distanzierte sich Dr. Teobaldi entschieden. Ein neuer Wind wehe heute im Konzil. Er führte bewegte Klage, dass keine ordenseigene Pfarreien in der Schweiz bestünden, dass nirgends ein Jesuit ein Pfarramt bekleide, dass einem Jesuiten verboten wurde in seiner Heimatgemeinde eine Messe zu lesen. «Das sind unmögliche Forderungen!» Zum Schluss folgte das Eingeständnis, dass «wir Katholiken allein ohne die Hilfe unserer reformierten Freunde den Artikel 51 nicht ändern können».

Vereint priesen beide katholischen Wortführer den Jesuitenorden als den Vertreter einer fortschrittlichen und toleranten Richtung. Der bisherige Zustand wurde ein «Unrecht», eine «Diskriminierung eines Teils des Volkes» genannt, die Aufhebung des Artikels hingegen eine Frage der Gerechtigkeit, wodurch ein Zustand wieder geschaffen werde, «den wir nicht als Zurücksetzung und Beleidigung empfinden». Sie verstiegen sich zur Behauptung, der konfessionelle Frieden würde dadurch gestärkt.

Die protestantischen Gesprächspartner folgten den Ausführungen der Gegenseite mit grösstem Verständnis, brachten hin und wieder einen sachten Einwand vor, stellten eine höfliche Frage, die konziliant beantwortet wurde. Prof. Huber hob denn auch das Gemeinsame der christlichen Bekenntnisse hervor und zitierte einen Ausspruch seines Sohnes, wonach die grössten Feinde der Protestanten nicht die Jesuiten seien, sondern Atheismus, Nihilismus und «Wurstismus»...

Inhalt

Aufhebung des Jesuitenartikels?

Aus dem Informationsdienst der FA

Buchbesprechungen

Ein Schweizer wird Kardinal

Der Zeiten ungeheurer Bruch!

Was halten Sie davon?

Schlaglichter

Aus der Bewegung

Die Literaturstelle empfiehlt:

Von einem kontradiktorischen Gespräch konnte also nicht die Rede sein. Sondern die Gesprächspartner bestätigten sich gegenseitig die Abbruchreife des Ausnahmeartikels. Jedenfalls wurde er auf protestantischer Seite als «Relikt aus der Kulturkampfzeit» bezeichnet. — Der Hörer aber vermisste einige Feststellungen, die in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung unerlässlich sind:

Die Tendenz der katholischen Kirche, ihr kanonisches Recht über das staatliche zu stellen, kann nicht bestritten werden. Mit dem «Jesuitenartikel» will der Staat nicht zuletzt seine eigene Freiheit gegenüber dem Absolutheitsanspruch der katholischen Kirche schützen. Es ist daher eine Verzerrung des Sachverhalts, es ist Demagogie, wenn man so tut, als handle es sich um eine «Beleidigung und Vergewaltigung» (man beachte!) «aller Schweizer Katholiken». Andere Orden (Benediktiner, Dominikaner) können ungeschmälert und unangefochten in der Schweiz wirken. Beweist diese Tatsache nicht, wie sehr das Argument vom «Antikatholizismus» an den Haaren herbeigezogen ist? Was aber den Jesuitenorden anbelangt, so handelt es sich um einen Stosstrupp par excellence, um einen Stosstrupp des politischen Katholizismus. Dieser Orden ist eine militante, durch eiserne Disziplin zusammengeschweisste Elitetruppe. Er kennt die absolute Gehorsamkeitspflicht gegenüber einem ausserhalb des Landes residierenden Ordensgeneral, und diese Gehorsamkeitspflicht ist dem staatlichen Gebot übergeordnet.

Der politische Katholizismus ist es also, der in einer grundsätzlichen Aussprache auf der Tagesordnung steht. Hier ist freilich höchste Wachsamkeit am Platz. Und zu gewissen immer wieder vorgebrachten Beschönigungs- und Bagatellisierungsversuchen ist zu sagen: Der Bericht des Zürcher Regierungsrates von 1953 über die Tätigkeit der Jesuiten im Kanton Zürich hat gezeigt, dass die gleiche Wachsamkeit auch über die Einhaltung des Art. 51 geboten ist.

Noch kurz sei auf das Zitat von Prof. Huber eingegangen, wonach die grössten Feinde der Protestanten nicht die Jesuiten sind, sondern der Atheismus, «Wurstismus» und Nihilismus. Lassen wir den Nihilismus beiseite. In einem trifft das Zitat den Nagel auf den Kopf: In der Tat nennen wir Freidenker uns so wenig Freunde der Protestanten, wie irgendeiner andern Konfession. In bezug auf den «Wurstismus» aber trifft es daneben. Diesen nehmen viele Protestanten mit Kopfschütteln gerade bei einem bestimmten Teil ihrer eigenen Glaubensgenossen wahr. Sie konstatieren ihn nämlich in der Wandlung einer einstmals grundsatztreuen zu einer nunmehr recht «aufgeweichten» Haltung in der Jesuitenfrage.

Zusammenfassend gewann man den Eindruck, dass erstens die Jesuitenfrage zu einer Prestige-Angelegenheit «aller Katholiken» gemacht werden soll. Zweitens wollen die katholischen Befürworter der Aufhebung von Art. 51 das heisse Eisen der Verfassungsinitiative nicht anfassen; die «reformierten Freunde» sollen sich die Finger verbrennen.

Es braucht keine prophetische Begabung um vorauszusagen, dass ein nicht geringer Teil des Schweizervolkes sich gegen eine Aufhebung des «Ausnahmeartikels» zur Wehr setzen wird. Dieser Teil — und darunter sind mehr Katholiken, als manchem Optimisten lieb ist — wird bei aller Anerkennung der Verdienste eines Teilhard de Chardin, der Bestrebungen eines Kardinals Bea die Lehren der Geschichte nicht ausser acht lassen. Er wird zu unterscheiden wissen zwischen dem wahren Wesen des Jesuitenordens einerseits und seiner Fassade andererseits — einer Fassade, die jeweils aus zeitbedingten, taktischen und opportunistischen Erwägungen kosmetisch zurechtgemacht wird.

Henri Cohen

Aus dem Informationsdienst der FA

Unser Schwesterorgan in Westdeutschland, die «Freigeistige Aktion» (= FA), legt ihren monatlich erscheinenden Nummern regelmässig einen «Informationsdienst» bei, ein Blatt mit Kurznachrichten aus dem evangelischen, katholischen und freigeistigen Raum sowie über «Kirche in der Öffentlichkeit». Gewiss haben einige dieser Meldungen nicht immer volles Gewicht; das ist aber nicht die Schuld des verantwortlichen Redaktors; es gibt eben ruhige Monate, die wenig an Informationsmaterial abwerfen. Im grossen und ganzen aber sind die Informationen gut ausgewählt und geben dem, der sich für die weltanschaulichen Auseinandersetzungen der Gegenwart interessiert, recht wertvolle Unterlagen zu einer sachlich haltbaren Beurteilung der heutigen Kampflage.

Die Redaktion tut gut daran, dass sie die uns unangenehmen Nachrichten nicht unterschlägt. Das Bild, das uns der Informationsdienst vermittelt, soll objektiv wahr und zuverlässig sein; diese sachliche Zuverlässigkeit ist uns wertvoller als ein rosiger, aber unhaltbarer Optimismus. Die aufmerksame Lektüre gleicht gelegentlich einem richtigen Wechselbad; warmen und hoffnungsfrohen Güssen folgen eisigkalte Enttäuschungen — wir müssen das ganz einfach aushalten!

Vor mir liegen die Informationen des Dezemberblattes 1964. Aus der Fülle des hochinteressanten Informationsmaterials holen wir einige Einzelheiten heraus und bereiten mit dieser unserer Auswahl auch unserem eigenen Leser das Abenteuer eines richtigen Wechselbades. Zuerst kommt ein eisigkalter Guss der schmerzlichen Enttäuschung — nachher aber folgen, als wohlthuender Ausgleich, einige warme Güsse der Freude, der Hoffnung und der Zuversicht in das Gedeihen der von uns vertretenen Sache.

Zuerst also der kalte Guss. Wir lesen: Anlässlich des evangelischen Männertages 1964 sprach in der Hamburger Michaeliskirche der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner. Er führte aus: Je mehr Christen im Staat mitarbeiten und je mehr Politiker ihren Platz in der Kirche fänden, desto weniger bleibe es bei einem blossen Nebeneinander von Staat und Kirche. Das Leben mit der Kirche bewahre das deutsche Volk davor, selbstgenügsam, hochmütig oder stumpf zu werden. Politische Organisationen dürften keine letzten Wahrheiten verkünden, nur die Gerechtigkeit, welche die Kirche verheisse, sei absolut. Um die Einheit des deutschen Volkes wiederherzustellen, sei vor allem nötig zu beten. Dann sagte Wehner wörtlich: «Ich kenne persönlich die Situation des Menschen, der sich dazu entschieden hat, ohne die Kirche und das Evangelium zu leben, und der dafür zum billigen Strohalm des Atheismus greift. Aber ich habe auch erfahren, dass der Mensch diese Spannung in seinem Leben nicht aushält. Es gibt kein Leben ohne Kirche!» Was sagen wir dazu? Gewiss steht Wehner, als Triumphvir mit Brand und Erler zusammen, an der Spitze der SPD, und diese Partei will, sie kann sogar vielleicht die Herrschaft in Westdeutschland übernehmen. Wir übersehen diese Möglichkeit nicht. Wir wissen aber auch, dass die eng christlichen Auffassungen Wehners den momentanen Leitlinien seiner Partei zwar nahe kommen, sich aber doch nicht völlig mit ihnen decken. Es gibt auch in dieser Partei harte und gute Köpfe, die gegenüber Wehner an einer diesseitig gebundenen Philosophie festhalten. «Nur die Gerechtigkeit, welche die Kirche verheisst, ist absolut.» Trotz allem — Wehner ist vorsichtig. Er identifiziert nicht die Kirche selbst mit dieser absoluten Gerechtigkeit; er sieht dieses Absolutum nur in dem, was die Kirche verheisst, was sie im Jenseits in Aussicht stellt. Damit setzt sich Wehner aber erst recht in die Nesseln. Weiss er, dass heute die evangelische Kirche gerade in ihren grundlegenden Verheissungen, in der Frage nach Gott, in der Christologie, in der Frage nach der Realität eines Jenseits mitsamt seiner abso-

In einem Kriege gibt es weder Sieger noch Besiegte: es gibt nur Opfer.
Michel del Castillo